

Polizisten für Aufklärung e. V.
Webams 2
87653 Eggenthal

08.07.2022

Polizeipräsidium Mittelfranken
z. H. Herrn PP Fertinger
Jakobsplatz 5
90402 Nürnberg

Sehr geehrter Herr Präsident Fertinger,

im Namen des Vereins Polizisten für Aufklärung e. V. halte ich es für dringend geboten, den folgenden Brandbrief an Sie zu schreiben:

Der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, hat in einem auf den 16. Juni datierten Dokument die Anfrage aus dem Gesundheitsausschuss des Bundestages mit sehr besorgniserregenden Zahlen beantwortet: Allein im Jahr 2021 haben fast 2,5 Millionen Menschen wegen einer Nebenwirkung nach einer Covid-Impfung einen Arzt aufgesucht, bezogen auf die Anzahl der Geimpften demnach jeder 24. Oder anders ausgedrückt: 4,1 Prozent der Geimpften hatten so heftige Impfreaktionen, dass sie sich in ärztliche Behandlung begeben mussten (<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/kbv-papier-enthueilt-25-mio-patienten-mit-impfnebenwirkungen-afd-will-konsequenzen-a3870369.html>).

Der entlassene BKK ProVita-Chef hatte also recht. Dessen Hochrechnungen stimmen mit den nun vorliegenden Zahlen überein. Die als gefährliche Verschwörungstheorien abgetanen Prognosen und Warnrufe der abgelehnten, ausgeschlossenen, diskreditierten und zensierten Experten um Prof. Dr. Bhakdi, Prof. Dr. Burkhard oder Prof. Dr. rer. nat. Hockertz bewahrheiten sich (leider) von Tag zu Tag mehr.

Im gleichen Zeitraum wurden dem Paul-Ehrlich-Institut lediglich 244.576 „Verdachtsfälle mit Nebenwirkungen“ gemeldet. Wir reden hier also von einer 10-fachen Untererfassung, wohlwissend, dass das Dunkelfeld noch deutlich höher einzuordnen sein dürfte.

Am gestrigen Donnerstag bestätigte das BVerwG in Leipzig in seinem mündlichen Urteil, für viele Prozessbeobachter nicht nachvollziehbar, die Impfpflicht für Soldaten. Trotz der erkennenden massiven Untererfassung durch das PEI hegt das Gericht an der Neutralität des PEI und RKI keinerlei Zweifel und sieht die Forschungen der regierungsbeauftragten Behörden auf solider Grundlage. Die als Zeugen geladenen Vertreter der beiden Bundesinstitute hinterließen jedenfalls keinen souveränen Eindruck. Etliche Versäumnisse und Lücken taten sich während ihrer Anhörung auf (<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bundesverwaltungsgericht-bestaetigt-covid-impfpflicht-fuer-soldaten-a3886269.html>).

Der kürzlich veröffentlichte Evaluierungsbericht des vom Parlament berufenen Expertenrates zur Bewertung der Pandemiemaßnahmen stellt der Regierung - und damit auch dem PEI und RKI - ein schlechtes Zeugnis aus. Bemängelt wird darin u. a. eine höchst ungenügende Datengrundlage, wie der Journalist und Jurist, Milosz Matuschek, in seinem Bericht „Nennen wir es einfach Corona-Willkürherrschaft“ schreibt (https://www.freischwebende-intelligenz.org/p/willkuerherrschaft?utm_source=substack&utm_medium=email&utm_content=share).

Darüber hinaus sehe ich mich dazu verpflichtet, Sie auf den in das obige Verfahren eingebrachten und mit fundierten Daten und Fakten untermauerten Schriftsatz von Rechtsprofessor Dr. Martin Schwab zu verweisen (<https://www.anwalt-schmitz.eu/wp-content/uploads/2022/07/1.7.22-Schriftsatz-Martin-S.-anonymisiert.pdf>).

Sein Fazit:

- 1. Die Impfung ist unnötig**, da die Fallsterblichkeit lt. RKI bei 0.02 % liegt und das Virus in allererster Linie nur für Menschen mit erheblichen Vorerkrankungen gefährlich ist.
- 2. Die Impfung ist nicht wirksam!** Sie wirkt durchaus, aber in die falsche Richtung. Mit jeder COVID-Injektion wird das Immunsystem weiter geschädigt. Selbst AIDS kann man bekommen (<https://expose-news.com/2022/06/18/new-study-proves-covid-vaccines-cause-a-id-s/>). Anders sind die massiv gestiegenen Inzidenzen seit dem Impfstart nicht erklärbar. Auf der anderen Seite kann das RKI selbst einen signifikanten Effekt der Impfung für die Verhinderung schwerer Verläufe oder der Virus-Verbreitung nicht belegen.
- 3. Die Impfung ist nicht sicher!** Sicher ist nur, dass jeder, der sich der COVID-Impfung unterzieht, sich auf ein Russisches Roulette-Spiel einlässt. Die Vielfalt der Impfnebenwirkungen deutet darauf hin, dass das Hauptproblem der COVID-Injektionen die Zunahme von Autoimmunerkrankungen ist. Die COVID-Injektionen werden zur tickenden Zeitbombe, wenn Spike-Proteine überall in den menschlichen Körper gelangen und dortiges, körpereigenes Gewebe angreifen. Sie überwinden gar die Blut-Hirn-Schranke und können so schwerwiegende Gehirnschäden hervorrufen.

Sehr geehrter Herr Präsident, spätestens jetzt ist es an der Zeit, aktiv dazu beizutragen, diesem Wahnsinn die Stirn zu bieten. Schon aus Fürsorgegründen und auch zur Gewährleistung eines geregelten Dienstbetriebes sehe ich Sie in der Pflicht, die COVID-Impfstoffe gegenüber allen Bediensteten offen in Frage zu stellen und ausnahmslos alle mit den in diesem Schreiben enthaltenen Informationen und Quellen zu versorgen. Wie anderswo auch, ist der überwiegende Teil Ihrer Belegschaft Konsument öffentlich-rechtlicher Sender oder anderer, einseitig und lückenhaft berichtender Medienplattformen. Bislang sparen die sogenannten Qualitätsmedien die Themen „Impfnebenwirkungen“ und „Gefährlichkeit der COVID-Impfstoffe“ nahezu aus bzw. verharmlosen diese.

Eben wegen des beschriebenen Medienversagens unterstützt Polizisten für Aufklärung e. V. die Initiative Leuchtturm ARD-ORF-SRG (<https://leuchtturmard.de/>). Wir stehen für einen freien ÖRR und stimmen mit dem Urteil des BVerfG überein, dass die öffentlich-rechtlichen Medien für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung konstituierend seien.

Die Bediensteten des Polizeipräsidiums Mittelfranken haben ein Recht darauf, ausgewogen und umfassend informiert zu sein.

Sehr geehrter Herr Fertinger, handeln Sie, es geht um die Gesundheit und das Leben Ihrer Mitarbeiter.

Mit freundlichen und hoffnungsvollen Grüßen



Bernd Bayerlein

2. Vorsitzender Polizisten für Aufklärung e. V.

P.S.: Ich werde dieses Schreiben in meiner morgigen Rede auf der Demo in Fulda vortragen. Die Thematik ist zu wichtig, als dass sie nur behördenintern behandelt wird. Im Übrigen werden auch bundesweit die Polizeipräsidenten in ähnlicher Weise in Kenntnis gesetzt. Des Weiteren die Berufsverbände, welchen in diesem Punkt völliges Versagen vorzuwerfen ist.